

## Stellungnahme der

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.

Hamm, 16.03.2021

### **Auslauf- und Freiland Schweinehaltung in Zeiten mit der Afrikanischen Schweinepest schützen**

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) stellt viele schweinehaltende Betriebe vor große Herausforderungen. Die ohnehin angespannte Situation auf dem stark von Exportorientierung geprägtem Markt, hat sich bereits durch die Verlangsamung der Schlachtkapazitäten durch die Corona-Pandemie für viele Produzent\*innen im Sektor massiv zugespitzt, mit Ausbruch der ASP hat sich diese Situation nun weiter verschärft. Viele Produzent\*innen sehen sich in ihrer Existenz bedroht. Gerade in solchen Situationen muss solidarisch und achtsam agiert werden!

Als Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V. blicken wir mit Sorge auf all diese Entwicklungen: Gerade aktuell, während die gesellschaftliche Diskussion um mehr Tierwohl im Zuge der Arbeit durch die Borchert-Kommission und die Veröffentlichung der dazugehörigen Machbarkeitsstudie in vollem Gange ist, müssen wir dafür Sorge tragen, dass der Umgang mit der ASP nicht die Auslauf- und Freiland Schweinehaltung abschafft. Es erfüllt uns mit Unverständnis, dass es womöglich genau den auslauf- und freiland Schweinehaltenden Betrieben die Existenz kostet, die bereits Haltungs- und Vermarktungsformen aufgebaut haben, die eben das umsetzen, wohin der proklamierte Weg gehen soll. Parallel zur Arbeit der Borchert-Kommission muss daher die entsprechende Entwicklung und Forschung dahingehend auf den Weg gebracht werden, dass diese Haltungssysteme unterstützt werden, die bereits in Eigenleistung aufgebaut wurden und für deren Einrichtung in Zukunft Milliarden ausgegeben werden sollen.

Wir begrüßen daher ausdrücklich die Initiative des bayerischen Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums sich dieser Aufgabe konstruktiv zu stellen und die Auslauf- und Freiland Schweinehaltung mit einem schon im Dezember 2020 gestarteten Sonderforschungsprojekt zu begleiten, dessen Ziel es ist, diese Haltungsformen trotz ASP zu bewahren und dabei konkrete praktikable Maßnahmen zum Schutz der Tiere auf den Weg zu bringen.

In der PM vom 7. Dezember 2020 heißt es hierzu: „Das Sonderforschungsprojekt wird vom Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) durchgeführt. Das LGL wird für eine mögliche Kooperation auf verschiedene bayerische Kompetenzzentren zugehen. Es soll zeigen, wie durch verschiedene Sicherheitsmaßnahmen eine zukunftsfähige Haltung von Schweinen gestaltet sein muss, damit sie selbst im Fall eines Ausbruchs der ASP weiterlaufen kann. Das Projekt wird umfassend angelegt, um die strukturelle Vielfalt der bayerischen Schweinehaltungen aufzugreifen und die spezifischen Anforderungen moderner landwirtschaftlicher Haltungsformen abzudecken.“

Die Position aus Bayern ist umso begrüßenswerter, als dass hier die Arbeit an konkreten Lösungen bereits angegangen wird, bevor es überhaupt zum ersten Ausbruch im eigenen Bundesland gekommen ist. Vor diesem Hintergrund fordern wir von den bereits betroffenen Bundesländern Brandenburg und Sachsen, sich endlich auf diesen notwendigen Weg zu machen.

Ebenso begrüßen wir die klare Positionierung der Amtschefs der Länderagrarministerien im Januar 2021, die deutlich den Wert der Auslauf- und Freiland Schweinehaltung anerkennen. Sie gingen sogar noch einen Schritt weiter und forderten den Bund auf, Betriebe mit im Stall gehaltenen Tieren beim Umbau zu höheren Tierwohlstandards stärker zu fördern, falls diese durch die ASP temporär oder teilweise aus der Schweinehaltung aussteigen.

Diese Bekundungen dürfen jedoch nicht reine Lippenbekenntnisse sein und müssen mit dem gleichen Selbstbewusstsein auch in allen Bundesländern vertreten und umgesetzt werden. Diese Ziele müssen den einzelnen Veterinärämtern bekannt und klar kommuniziert sein, damit Betriebe in den Landkreisen nicht plötzlich vor dem Aus stehen, weil versucht wird ihnen pauschal die Auslauf- oder Freilandhaltung zu untersagen oder die präventive Schlachtung ihrer gesunden Bestände angedroht wird. Dies würde dem Tierschutzgesetz widersprechen und darf nicht kurzfristig gegen das einseitige Interesse der Exportorientierung ausgespielt werden. Eine solche Tötung gesunder Bestände würde keine gesellschaftliche Tragfähigkeit haben. In der öffentlichen Diskussion darüber würde der Sektor Schweineproduktion sich dieser Kritik sicherlich stellen müssen.

Der Bau von provisorischen Ställen oder das Verbringen der Schweine in Stallungen ist keine Lösung, denn die Erfahrungen mit der ASP zeigen, dass es sich hier nicht um kurze Zeiträume handeln wird. Es ist davon auszugehen, dass es sich um Jahre handeln wird - das Provisorium würde somit zum Dauerzustand werden und de facto die Auslauf- und Freilandhaltung abschaffen. Das wäre das genaue Gegenteil dessen, was die Amtschefs der Länderagrarministerien im Januar bekundet haben.

Wie die Auslauf- und Freilandhaltung von Schweinen unter den erschwerten Bedingungen der ASP aufrechterhalten werden kann, ist gesellschaftliche Verantwortung und erfordert fachliche Expertise. Hier muss gemeinsam entwickelt, vorgeschlagen und im besten Fall wissenschaftlich begleitet werden. Gerade die kleinen Strukturen der auslauf- und freilandschweinehaltenden Betriebe bieten beste Voraussetzungen, solche Wege zu entwickeln. Ihnen nun das Konzept der Auslauf- und Freilandhaltung mit kurzfristigen, drakonischen Maßnahmen zu nehmen, würde uns alle der Möglichkeit berauben, dieses gesellschaftlich erwünschte, zukunftsfähige und artgerechte Haltungssystem weiterzuentwickeln.